

# Der „Boxer“ eignet sich auch als Kampfgerät

**Panzerdeal** Auch die Rüstungsindustrie hat anscheinend ein Interesse an einer offeneren Debatte als bisher. Von Matthias Schiermeyer

Er ist acht Meter lang, drei Meter breit und bis zu 33 Tonnen schwer. Auf seinen acht Rädern erreicht er ein Höchsttempo von 103 Kilometer pro Stunde und erzielt mit einer Tankfüllung eine Reichweite von 1030 Kilometer. Das Gepanzerte Transport-Kraftfahrzeug (GTK) vom Typ Boxer ist ein Respekt einflößendes Gerät. Zehn Soldaten finden darin Platz. Glaubt man den Kommentaren auf dem Youtube-Internetkanal der Bundeswehr, ist der Boxer das „Beste, was wir haben“. Er sei „einer der modernsten und vielseitigsten Fahrzeuge weltweit“, heißt es. „Krass“, sagt ein Soldat nur und strahlt wie ein Kind am Weihnachtsbaum.

272 Boxer hat die Bundeswehr geordert. Seit einem Jahr zeigt er seine Stärken im Staub Afghanistans. Dies haben auch die Saudis mitbekommen, die ebenfalls mehrere hundert Exemplare haben wollen. Seine Wüsten-tauglichkeit hat der Boxer schon in einem Test vor Ort bewiesen. Angeblich benötigen sie ihn nur für ihre Königliche Garde, nicht aber für die kämpfende Nationalgarde. Für die Unternehmen Rheinmetall und Krauss-Maffei, die das Gerät gemeinsam mit Krauss-Maffei, dürfte das eher nebensächlich sein. Ein Teil der Opposition im Bundestag ist jedoch entsetzt, weil das

wegen seiner Menschenrechtspolitik in der Kritik stehende saudische Herrscherhaus den straßentauglichen Radpanzer zur Aufstands-bekämpfung einsetzen könnte.

Es ist wieder einmal Saudi-Arabien, das die Gemüter erregt: 2011 wurden für die Saudis Rüstungsexporte im Wert von fast 140 Millionen Euro genehmigt – unter anderem Flugkörper, Zielanstellungsdrohnen und Bodenstationen für unbemannte Fluggeräte. Doch wird das Königreich immer kaufteurer: Im Sommer erhitze bereits der Wunsch der Scheichs nach mehreren Hundert Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 die Gemüter. Auch über dieses umstrittene Geheimgeschäft hat der Bundes-sicherheitsrat noch nicht endgültig befunden, selbst wenn die Voranfrage angeblich positiv beantwortet worden sei.

Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) plädiert für eine differenzierte Betrachtung: Bei aller Kritik am Herrscherhaus handele es sich bei Saudi-Arabien um ein befreundetes Land, sagt er der StZ. Man könne den Saudis durchaus Rüstungsgüter liefern, die in deutschem Interesse lägen. Dazu gehöre etwa Grenzschutztechnologie – nicht jedoch der Leopard 2. „Beim Boxer müsste man mal genau schauen, mit welchen Rahmenbedingungen



In Afghanistan leistet der Radpanzer „Boxer“ schon wertvolle Dienste. Foto: ddpd

gen er exportiert werden soll“, sagt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD. Den Radpanzer gebe es in unterschiedlichen Versionen – als Transport- und Sanitätsfahrzeug oder mit robuster Bewaffnung als Kampfgerät. Wenn es sich um eine Ausstattung handele, die im Bürgerkrieg eingesetzt werden könnte, „wäre eine Lieferung eine falsche Entscheidung“, sagt Arnold.

Weil die Bundesregierung keine politische Debatte in der notwendigen Differenzierung zulasse, werde über Rüstung stets nach dem Schwarz-Weiß-Schema diskutiert, klagt der Sozialdemokrat. Das sei aus Sicht der Rüstungswirtschaft sogar konträrktiv: In zahlreichen Kontakten bestätigten ihm die Unternehmen, dass es ihnen mehr helfen würde, wenn die Entscheidung

## DEUTSCHE WAFFEN SIND BEGEHRT

**Exporte** Die Bundesregierung hat 2011 Rüstungsexporte im Wert von 5,4 Milliarden Euro genehmigt. Das ist nach dem Höchststand von 2008 der zweithöchste Wert. Laut dem Rüstungsexportbericht gab die Regierung grünes Licht zur Ausfuhr „militärischer Ketten- und Radfahrzeuge“ im Wert von 1,5 Milliarden Euro.

**Drittstaaten** 42 Prozent der Lieferungen gehen in Drittstaaten, also nicht EU- oder Nato-Mitglieder. Wichtigste Abnehmer waren 2011 die Niederlande und die USA; auf Platz drei folgen die Vereinigten Arabischen Emirate, auf Rang acht Algerien, als Zwölfte Saudi-Arabien. dpa

gen, aus der Geheimecke mit Halbinformationen herauskommen und schlüssig zu begründen sind“. Einen zunehmenden Druck der Waffenlobby spüre er nicht. Vielmehr agiere die Rüstungsindustrie verantwortungsvoll gegenüber dem Parlament. „Am Ende sagen sie: wir machen keine Politik – wenn die Regierung ablehnt, gehen wir damit um“, schildert Rainer Arnold.

Er habe noch keinen Rüstungsvertreter gesprochen, der sich für eine weitere Öffnung gegenüber kritischen Staaten eingesetzt habe. Demzufolge habe die Industrie erkannt: Je mehr Waffen in Krisenregionen geschafft werden, umso schlechter sei es hierzulande um ihr Ansehen und die Bereitschaft bestellt, Verantwortung für die Rüstungswirtschaft zu übernehmen.